

Verlangsamung der Konjunktur beginnt zu schmerzen

von Oliver Landmann

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hinterlässt weltweit ihre Spuren auf den Arbeitsmärkten. Selbst in den USA, deren Wirtschaft lange Zeit durch nichts von ihrer steilen Wachstumsbahn abzubringen schien, gehen wieder Arbeitsplätze verloren, wenn auch bei nach wie vor sehr hohem Beschäftigungsgrad. Noch wirkt die harte Geldpolitik nach, die das Federal Reserve Board bis vor einem Jahr betrieben hat. Zwar wurden in der Zwischenzeit die monetären Hebel mit einer Serie von Zinssenkungen wieder resolut auf Expansion gestellt, aber die Wirkung lässt auf sich warten. Denn die Überkapazitäten, die im Überoptimismus des langen Aufschwungs - gerade auch in der ‚New Economy‘ - geschaffen wurden, müssen erst wieder abgebaut werden, bevor tiefere Zinsen zu neuen Taten ermutigen können. Auch haben Wechselkurs und langfristige Zinsen noch nicht in einer Weise auf die Lockerung der Geldpolitik angesprochen, wie es normalerweise zu erwarten wäre. Die Grenzen der Feinsteuerung gelten, allen anders lautenden Gerüchten zum Trotz, offenbar auch für Alan Greenspan.

Schmerzhafter macht sich die Wachstumsverlangsamung in Europa bemerkbar, wo die Arbeitslosenquoten in den grösseren Ländern auch nach mehreren Jahren guter Konjunktur immer noch auf einem inakzeptabel hohen Niveau verharren und bereits wieder im Zunehmen begriffen sind. Jetzt rächt sich, dass die guten Jahre nicht für die Reform jener institutionellen Arbeitsmarktverzerrungen - vor allem im Bereich des Kündigungsschutzes, der Lohnbildungsmechanismen und der sozialen Transfersysteme - genutzt wurden, die der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit letztlich zugrundeliegen. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder etwa wird in Kürze zugeben müssen, dass sein Ziel einer Reduktion der Arbeitslosenzahl auf 3,5 Millionen bis zum Wahljahr 2002 nicht erreichbar sein wird. Besonders ärgern wird ihn dabei, dass er kaum mehr etwas unternehmen kann, damit es anders kommt. Denn die Instrumente der Beschäftigungspolitik, die er unmittelbar beeinflussen könnte, wie z.B. eben die Arbeitsmarktgesetzgebung, wirken nur längerfristig. Auf kürzere Sicht ist die Arbeitsmarktlage ein Spielball der Konjunktur.

Die Konjunktursteuerung aber ist heute in den Mitgliedsländern der Europäischen Union dem direkten Einfluss der nationalen Regierungen weitestgehend entzogen. Keynesianische Ankurbelungsprogramme würden schnell an die Grenzen stossen, welche die Staatsverschuldung und der Stabilitätspakt setzen. Die Zinsen sind Sache der Europäischen Zentralbank (EZB), und die Löhne werden von den Tarifvertragsparteien ausgehandelt. Seit sich die Konjunkturabschwächung auch in Europa deutlich abzeichnet, konnte sich die Europäische Zentralbank nur gerade zweimal zu einer Rücknahme ihres Leitzinses um je einen mageren Viertelprozentpunkt durchringen. Diese ganz im Gegensatz zur forscheren Gangart der amerikanischen Zentralbank stehende Zurückhaltung hat ihr denn auch harsche Kritik eingetragen. Allerdings ist ihr Manövrierraum begrenzt, weil die Inflationsrate hartnäckig oberhalb der selbstverordneten "Schallmauer" von 2% verharrt und das Stabilitätsmandat der EZB explizit keinen Spielraum für konjunktur- und beschäftigungspolitische Rücksichtnahmen lässt.

Trotzdem wäre die von der EZB an den Tag gelegte Vorsicht nur schwer zu rechtfertigen, hinge nicht über den Konjunktur- und Inflationsperspektiven das Damoklesschwert einer

stabilitätswidrigen Lohnpolitik. In verschiedenen Ländern stehen wegweisende Lohnverhandlungsrunden bevor, und die Gewerkschaften sind hungrig. Spektakuläre Einkommensverbesserungen, wie sie die Piloten der Lufthansa oder die Busfahrer auf Mallorca mit ihren punktuellen Streiks erzielt haben, werden zwar kaum zur Regel werden, wetzen aber den Appetit. Sollten die kommenden Lohnrunden in generelle Nominallohnsteigerungen münden, die merklich über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen, wären weitere kostenseitige Preissteigerungen vorprogrammiert. Die EZB würde in diesem Falle ihre Zinsen mit der Unausweichlichkeit eines Pawlow'schen Reflexes nach oben revidieren. Der Absturz in eine erneute Rezession wäre die sichere Konsequenz. Die makroökonomischen Bedingungen für eine Rückkehr Europas zu mehr Wachstum und Beschäftigung sind somit sonnenklar: Die Bemessung der Lohnsteigerungen muss sich am Prinzip der Kostenneutralität orientieren, damit die EZB ihre Geldpolitik im Gegenzug weiter lockern kann, ohne ein Wiederaufflackern der Inflation befürchten zu müssen.

Von einigem Interesse ist vor diesem Hintergrund, wie die sozialdemokratischen Regierungen in Frankreich und Deutschland, die sich in absehbarer Zukunft dem Wähler zu stellen haben werden, mit den Gewerkschaften arrangieren werden, auf deren Unterstützung sie angewiesen sein werden. In beiden Ländern wurden gewerkschaftsfreundliche Änderungen der Arbeitsmarktordnung umgesetzt (in Deutschland z.B. eine Verschärfung des Betriebsverfassungsgesetzes, in Frankreich ein Ausbau des Kündigungsschutzes) bzw. angedroht (gesetzlich verordneter Abbau der Überstunden), die der seit langem geforderten Flexibilisierung der Arbeitsmärkte diametral zuwiderlaufen. Aber man darf solche Entwicklungen nicht isoliert sehen. Sollte es sich dabei nämlich um die Zückerchen handeln, die man den Gewerkschaften zugestehen musste, um sie im Gegenzug davon abzuhalten, im kommenden Jahr mit überzogenen Lohnabschlüssen die Konjunktur und damit die sozialdemokratischen Wahlchancen zu verhageln, dann wäre beschäftigungspolitisch zumindest kurz- bis mittelfristig nicht wenig erreicht.

In einer ungleich besseren Ausgangslage als ihre grossen Nachbarn befindet sich in dieser Hinsicht die Schweiz. Ihre Arbeitslosenquote ist tiefer, ihr Arbeitsmarkt ist flexibler, ihre Lohnstrukturen sind differenzierter, ihre sozialpartnerschaftlichen Beziehungen sind pragmatischer; und nicht zuletzt besitzt sie noch ihre eigene Geldpolitik. Die Gewerkschaften wissen sehr genau, dass ihre kürzlich mitten ins Sommerloch hinein posaunte Forderung nach generellen Lohnerhöhungen von 5%, würde sie erfüllt, auf einen frontalen Kollisionskurs mit der Schweizerischen Nationalbank hinausliefe, und dass unter einer solchen Kollision niemand mehr leiden würde als die Arbeitnehmer in der Schweiz. Diese wiederum wissen ebenso genau, dass sie den Lebensstandard, um den sie weitherum benieden werden, nicht militanten Verteilungskämpfen verdanken, sondern ihrer Produktivität. Ist das vielleicht das Geheimnis des schweizerischen Vollbeschäftigungsmodells?

Oliver Landmann ist ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg i.Br.